

## Wirtschaft

## Notiz Block



## Weltwirtschaft wächst robust

Die Weltwirtschaft wird nach Auffassung der G-7 durch die jüngsten Finanzmarkturbulenzen nur einen leichten Dämpfer erhalten. „Die Weltwirtschaft befindet sich im fünften Jahr eines robusten Wachstums“, heißt es in der Abschlusserklärung des Washingtoner Treffens der Finanzminister und Notenbankchefs der sieben führenden Industrieländer (G-7). Die Vertreter der USA, Deutschlands, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Kanadas und Japans versprachen auch eine gezielte Förderung dieses Wirtschaftswachstums, nannten allerdings keine konkreten Maßnahmen. Zugleich warnten sie davor, dass die ungleichen Bedingungen auf den globalen Finanzmärkten noch eine Weile andauern würden.

## Große Sorge um Chinas Wachstum

China ist wegen seines rasanten Wirtschaftswachstums besorgt. Die meisten Experten sind sich einig, dass die Ökonomie des drittgrößten Staates der Erde mit 1,3 Mrd. Einwohnern zu schnell und zu unkontrolliert wächst. Uneinigkeit herrscht allerdings darüber, ob und wann die Blase platzen wird. Während die USA in die jüngste Finanzkrise taumelten, explodierten in der Volksrepublik die Aktienmärkte, schnellten die Wohnungspreise hoch und türmte sich das Bruttoinlandsprodukt in luftige Höhen auf. Vorsichtig warnte Zentralbankchef Zhou Xiaochuan am Rande des Parteitag der Kommunisten in Peking vor dem Überkochen der Konjunktursuppe. Andere verbreiten lieber Optimismus. „Es ist durchaus möglich, dass Chinas Bruttoinlandsprodukt ein jährliches Wachstum von neun Prozent über zehn bis 20 Jahre beibehalten kann“, sagte der Ökonom Justin Yifu Lin der Nachrichtenagentur Xinhua. Doch die Skeptiker, die ein Übermaß an Wachstum

fürchten, sehen die Zahlen auf ihrer Seite: Ihr stärkstes Argument ist die galoppierende Inflationsrate. Deren wichtigster Indikator, Chinas Verbraucherpreisindex, stieg im August mit 6,5 Prozent so stark wie seit zehn Jahren nicht.

## Studienförderung wird ausgeweitet

Rund 4000 zusätzliche Studenten sollen ab Herbst 2008 eine Studienförderung erhalten. Durch eine Anhebung der Einkommens- und Zuverdienstgrenzen soll die Zahl der Bezieher von derzeit rund 48.000 auf 52.000 steigen, kündigte Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) an. Erleichterungen und zusätzliche Mittel gibt es außerdem für Studenten mit Kindern und behinderte Studenten. Außerdem werden die Mittel für Leistungsstipendien ausgeweitet. Derzeit werden rund 175 bis 180 Mio. Euro jährlich für Studienbeihilfen und -zuschüsse aufgewendet. Mit der bereits seit heuer geltenden Erhöhung der Beihilfen um zwölf Prozent (etwa 16 Mio. Euro) und der Ausweitung des Bezieherkreises (acht bis neun Mio. Euro) steigen die Aufwendungen ab dem kommenden Jahr auf insgesamt rund 200 Mio. jährlich.

## Job-Zufriedenheit sinkt in der EU

Nur wenige europäische Arbeitnehmer sind mit ihrem aktuellen Beruf zufrieden, der Wille zur beruflichen Neuorientierung ist dagegen groß. Das ist das Ergebnis einer Online-Umfrage des Karriere-Internet-Portals „Monster“. Demnach sind nur acht Prozent der Befragten in ihrem Job glücklich, drei Viertel können sich vorstellen, neue berufliche Wege zu gehen. Mögliche Einkommensverluste wiegen bei der Entscheidung zum Jobwechsel deutlich schwerer als etwa der Zeitaufwand für Umschulungen. Mehr als die Hälfte der Befragten ist bereits aktiv geworden und lässt sich umschulen. APA/pte/ask

## Familiäre Nachfolge antreten

Übergabe sichert Tradition – fiskalisch günstig wie noch nie.

Beatrix Beneder

Der Auftakt zum Niedergang kleinerer Familienbetriebe beginnt manchmal wie eine Regieanweisung zu einem Theaterstück: „Drei Geschwister, ein Gewerbebetrieb, keine Nachfolgeregelung.“ Oft wird es ein Trauerspiel, das mit Firmenfilettierung, dem Verkauf an Dritte oder gar mit Konkurs endet. Jährlich werden in Österreich um die 6000 Betriebe übergeben, 66 Prozent davon in der Familie. So sinkt der Anteil der Unternehmensnachfolge in der Familie; aus demografischen Gründen und weil die Kinder, oft besser qualifiziert, andere Berufsbranchen wählen, bleiben kleine und mittlere Unternehmen (KMU) die häufigste Nachfolgeform.

Im Zuge der Globalisierung werden Familienunternehmen seltener, Tradition als Wert verkommt zur Marketing-Chiffre, wie eine deutsche Weinbrandmarke mit Goethes Empfehlung wirbt: „Was Du ererbt von Deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“ Die Nachfolge in der Familie gestaltet sich schwieriger als bei unbeteiligten Dritten. Sie wird meist zu spät und ohne schriftliche Regelung übergeben, was maßgeblich zum Scheitern beiträgt, wie das Österreichische Institut für Gewerbe- und Handelsforschung in einer Studie feststellte. „Die



Wer die Nachfolgeregelung bis zum Schluss aufschiebt, gefährdet den Weiterbestand des Unternehmens, gerade bei KMU. F.: Bilderbox.com

Nachfolge wird verdrängt oder hinausgeschoben“, versucht Sabine Skarpil, stellvertretende Bundesgeschäftsführerin des Gründer-Service Österreich, Gründe für das Verhalten zu finden. Es mag auch an mangelnder Konfliktfähigkeit liegen: In der Führungsetage lässt sich leichter verhandeln als am familiären Esstisch.

## Belohnen statt besteuern

Die Wirtschaftskammer (WKO) unterstützt die Übergabe, schließlich wird zwischen 2001 und 2010 ein Viertel aller Unternehmen übergeben (mit einer Beschäftigungszahl von 440.000 Mitarbeitern). Die WKO bietet bundesweit Nachfolge-seminare, eine eigene Gründerbörse sowie eine spezielle Übernahmepremie, den „Nachfolgebonus“.

Euphorisch reagierten die WKO-Vertreter auf das einst-

weilige Aus der Erbschaftssteuer durch den Verfassungsgerichtshof. Dadurch verhindern man die Schmälerung der Eigenkapitalbasis etwa durch die Aufnahme von Fremdkapital. Obwohl die Erbschaftssteuer zahlenmäßig wenig bringe, versetze sie, so der Obmann der Bundessparte Gewerbe und Handel Georg Toifl, „vielen kleinen Gewerbebetrieben den Todesstoß“. Für die eigenkapitalschwache Touristik stellen diese Steuern eine starke Belastung dar. Das veranlasste Vorarlberger Junggastronomen, eine „Erbschaftsprämie“ zu fordern, immerhin sichere eine Übernahme Arbeitsplätze und Standort. Wird der Betrieb zwischen mehreren Familienmitgliedern aufgeteilt, müsse oft ein Pflichtteil ausgezahlt werden, was sich stark zu Buche schlagen kann.

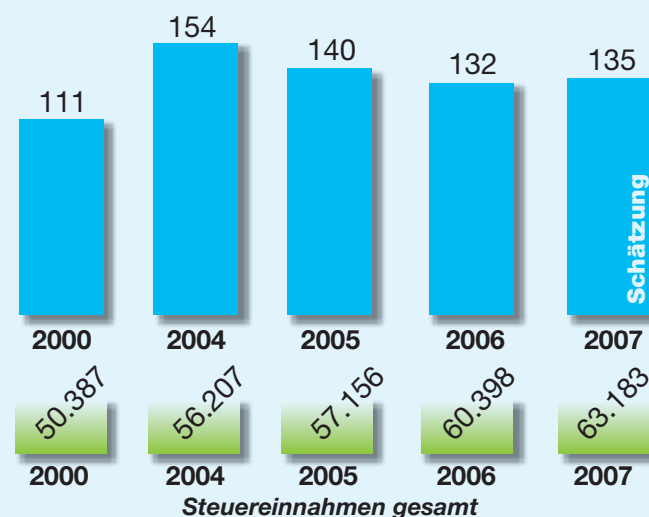
www.gruenderservice.at

• Siehe Kommentar auf Seite 16

## Zahlenspiel

## Steuereinnahmen aus Erbschafts- und Schenkungssteuer

Angaben in Mio. Euro



Quelle: APA Grafik: economy

Durchschnittlich verdient der Staat Österreich jährlich 140 Mio. Euro an Schenkungen und Erbschaften, wobei 100 Mio. Euro aus der Erbschaftssteuer und 40 Mio. aus der Schenkungssteuer einfließen. Im ersten Halbjahr 2007 hat es ein beachtliches Plus von über 40 Prozent gegeben, bereits 90 Mio. Euro wurden durch die beiden Steuern eingenommen. Erstaunlich, wenn man bedenkt, dass ab August 2008 die Steuer wegfällt. Die Einnahmen aus Grund-, Vermögens-, Schenkungs- und Erbschaftssteuer lagen

2006 konstant bei 0,6 Prozent des BIP – und damit weit unter dem OECD-Schnitt von 1,9 Prozent. In ihrem Wirtschaftsbericht im Juli hat die OECD Österreich empfohlen, die geplante Abschaffung der Erbschaftssteuer und damit eine weitere Absenkung der Einnahmen zu überdenken. Sollte nun auch die im selben Gesetz geregelte Schenkungssteuer fallen, entgehen dem Staat nicht nur Einnahmen von 130 Mio. Euro. Es werden auch Einbußen im Bereich der Lohn- und Einkommenssteuer befürchtet. ask/APA